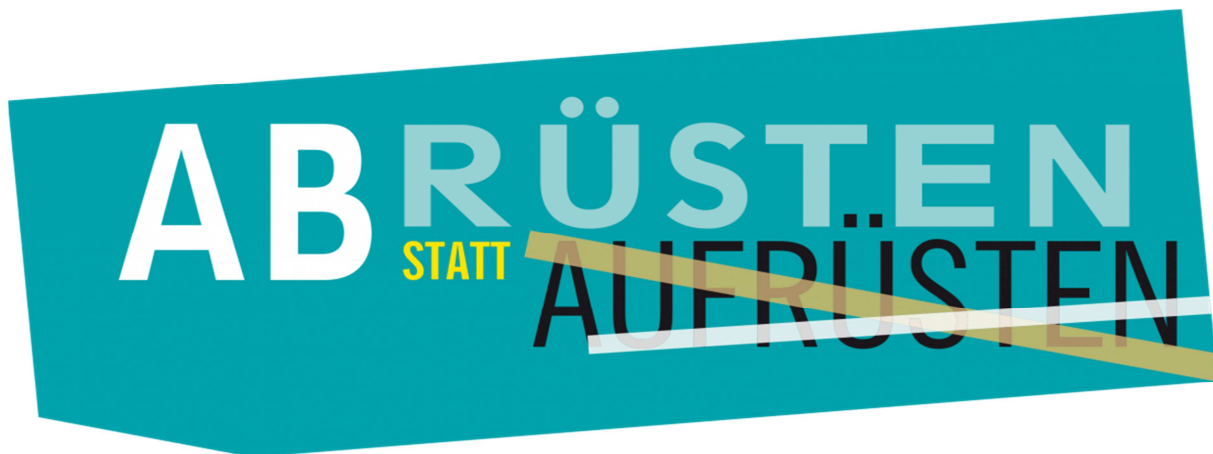


# Antikriegstag 2018



## Kriegsgefahr gefährlich gewachsen: **Abrüstung statt Aufrüstung!**

Diskussionsveranstaltung mit dem  
Journalisten Andreas Zumach (Genf)

**Montag, 3. September | 19 Uhr | Gewerkschaftshaus  
Mannheim | Willi-Bleicher-Saal | Hans-Böckler-Straße 1**



**Andreas Zumach**  
(geb. 1954 in Köln)  
ist ein deutscher  
Journalist und  
Publizist. Er ist  
Autor mehrerer

Bücher. Seit 1988 ist er Schweiz- und UNO-Korrespondent für *die tageszeitung* (taz) mit Sitz am europäischen Hauptsitz der Vereinten Nationen in Genf. Er arbeitet darüber hinaus als freier Korrespondent auch für andere deutsch- und englischsprachige Print- und Rundfunkmedien.

Zumach beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Themen des Völkerrechts, der Menschenrechtspolitik, der Sicherheitspolitik, der Rüstungs-kontrolle und internationaler Organisationen. im Jahr 2009 wurde ihm der Göttinger Friedenspreis der Stiftung Dr. Roland Röhl verliehen. Zumach ist inzwischen Jury-Vorsitzender des Preises. Zumach hat verschiedene friedenspolitische Initiativen geprägt, u.a. ist er Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner\*Innen (DFG/VK).



„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ - unter diesem Motto gehen seit 1957 Gewerkschaften und Friedensgruppen jährlich am 1. September, dem Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen 1939, für eine friedliche Welt auf die Straße. Damit soll an die schrecklichen Folgen von Krieg, Gewalt und Faschismus erinnert werden.

Auch 2018 wird es anlässlich des Antikriegstages bzw. Weltfriedenstag wieder über 160 Veranstaltungen bundesweit geben. Im diesjährigen Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag 2018 heißt es:

„Unser Eintreten für Frieden, Demokratie und Freiheit ist wichtiger denn je. Die internationale Nachkriegsordnung ist aus den Fugen geraten. Die Hoffnung, dass das Ende des Kalten Krieges ein Zeitalter der Entspannung einläuten würde, hat sich als Illusion erwiesen. Das Risiko von militärischen Auseinandersetzungen ist so groß wie seit 1989 nicht mehr. Rund um den Globus toben mehr als 30 Kriege und bewaffnete Konflikte. Auch die nukleare Bedrohung hat eher zu- als abgenommen. Die USA und Russland modernisieren ihre Atomwaffenarsenale. Nuklearmächte wie China, Nordkorea, Indien und Pakistan tragen dazu bei, dass wir erneut ein nukleares Wettrüsten erleben. US-Präsident Trump kündigt einseitig das internationale Atomabkommen mit dem Iran auf. Und doch weigert sich die deutsche Bundesregierung weiterhin, den von über 120 Staaten beschlossenen UN-Vertrag über ein Atomwaffenverbot mitzutragen. (...)

Nichts zeigt deutlicher: Waffengewalt und militärisches Hochrüsten lösen keine Probleme. Eine neue Aufrüstungsspirale ist die falsche Antwort auf die veränderte Weltlage. Und doch sind die globalen Rüstungsausgaben mit über 1,7 Billionen US-Dollar so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Dieser Wahnsinn muss ein Ende haben.

Deshalb lehnen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften das NATO-Ziel ab, die Rüstungsausgaben der Bündnispartner auf zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Für die Staaten Europas würde dies bedeuten, dass ihre Militäretats von 500 Milliarden Euro auf 800 Milliarden anwachsen. Auch Deutschland müsste seine Rüstungsausgaben annähernd verdoppeln.

Zwei Prozent des BIP für den Rüstungsetat - das wären alleine in Deutschland weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen würden: für Investitionen in Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine gerechte und ökologische Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende, für eine bessere Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit. (...)

Vor diesem Hintergrund fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die deutsche Bundesregierung dazu auf, endlich umzudenken und mit ihren EU-Partnern eine gemeinsame europäische Strategie der friedenssichernden Konflikt- und Krisenprävention zu erarbeiten. (...)

---

**Veranstalter:** Deutscher Gewerkschaftsbund DGB Mannheim | Friedensplenum Mannheim |

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG/VK) Mannheim-Ludwigshafen

**V.i.S.d.P.:** DGB Kreisverband Mannheim, Lars Treusch, Hans-Böckler-Straße 3, 68161 Mannheim

